

# GRATIS KOMMT. NICHT IN DIE TÜTE

Das Zeitalter der **kostenlosen Plastiktüten** geht zu Ende. Die freiwillige Vereinbarung des Handels zur Reduzierung der Kunststofftaschen kann bereits vor dem offiziellen Start erste Erfolge vorweisen. Das ist gut für Mensch und Umwelt.

Text: Martin Jahrfeld und Ralf Kalscheur



**G**ewohnheiten zu verändern, ist gar nicht so schwierig. Mitunter genügt schon die Aussicht, etwas Kleingeld zu sparen, um ein eingeübtes Verhalten aufzugeben. Seit Deutschlands Verbraucher für ihre Plastiktüten ein wenig in die Tasche greifen müssen, ist ihnen die Lust auf diese Bequemlichkeit ziemlich vergangen. Einen Rückgang der Tütennachfrage um rund 50 Prozent registriert etwa der Textilhändler C&A, seit er in seinen Filialen für Plastiktüten 20 Cent verlangt. „Wir haben in unseren Geschäften und im Internet darauf hingewiesen. Verbraucher, die vorinformiert waren, haben in der Regel verständnisvoll reagiert. Allenfalls bei Kunden, die für einen größeren Betrag einkaufen, besteht mitunter Erklärungsbedarf“, berichtet Unternehmenssprecher Thorsten Rolfes.

C&A ist mit dieser Entscheidung in guter Gesellschaft. 299 Handelsunternehmen haben sich für eine ähnliche Strategie entschieden. Hintergrund ist der im April von Handel und Bundesumweltministerium beschlossene Aktionsplan, der die Zahl von Kunststofftüten deutlich reduzieren soll. Die von Umweltministerin Barbara Hendricks und HDE-Präsident Josef Sanktjohanser unterzeichnete Verein-

barung sieht vor, dass innerhalb von zwei Jahren 80 Prozent aller Kunststofftüten nur noch kostenpflichtig abgegeben werden. Eine Firma wie Rewe geht sogar noch weiter und wird, außer an der Obst- und Gemüsetheke, künftig gar keine Plastiktüten mehr anbieten.

Damit soll einer EU-Norm entsprochen werden, laut der der Verbrauch von sogenannten leichten Kunststofftragetaschen bis Ende 2019 auf höchstens 90 Stück und bis Ende 2025 auf höchstens 40 Stück pro Einwohner und Jahr zu verringern ist. In Deutschland liegt der Verbrauch zurzeit bei 71 Stück pro Person und Jahr. Die Bereitschaft des Handels zur Unterstützung dieses Ziels ist groß: Die 299 Unternehmen, die bisher der Verein-



Eine erste Bilanz dieses Projektes konnten in diesem Jahr die Händler des Handelsverbands Sachsen ziehen, wo die Initiative bereits im Jahr 2013 an den Start ging und seitdem in 21 Unternehmen erprobt wurde. Die über 500 Beschäftigten der teilnehmenden Firmen konnten seit Projektbeginn ein breites Spektrum an Angeboten nutzen. Nachdem zusammen mit den Händlern zunächst Handlungsfelder zur psychischen und physischen Gesundheit festgelegt worden waren, konnten die Mitarbeiter gesundheitsfördernde Maßnahmen wie Ergonomieberatungen, berufsspezifische Ausgleichsübungen, Kommunikationstrainings, Ernährungsberatungen oder Seminare zur Stressbewältigung in Anspruch nehmen, wobei alle Leistungen für die jeweiligen Unternehmen individuell angepasst wurden. Für den Handel wurden viele Maßnahmen vor allem auf weibliche Beschäftigte zugeschnitten: Nach einer Situationsanalyse galt es unter dem Stichwort Verhältnisprävention, mittels passgenauer Lösungen zunächst ein gesundes und motivierendes Arbeitsumfeld zu schaffen. Die darauf folgenden Angebote konzentrierten sich dann auf die Verhaltensprävention und die Verbesserung der Kompetenzen des Einzelnen.

#### CHEFS HABEN VORBILDFUNKTION

Ziel des Projektes war es, Umfeld- und Verhaltensänderungen auf allen Ebenen der Unternehmen anzustoßen. Bereits durch kleine Maßnahmen, wie eine angepasste Arbeitsplatzgestaltung, konnten auf diese Weise beispielsweise Rückenschmerzen oder Stresserfahrungen reduziert werden. Weiterer wichtiger Erkenntnisgewinn für die Unternehmen: Führungspersonen nehmen bei der betrieblichen Gesundheitsförderung eine Vorbildfunktion ein und sollten diese aktiv gegenüber ihren Mitarbeitern kommunizieren. „Gespräche und Anerkennung sind für die Beschäftigten enorm wichtig und können gesundheitswirksame Effekte erzielen“, betont Projektteilnehmer Bernd Melzer, Geschäftsführer des Laufsportladens in Dresden.

Das Projekt „gesund Handeln“ geht auf eine Idee des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zurück und ist Teil der „Initiative Neue Qualität der Arbeit“ ([www.inqa.de](http://www.inqa.de)), in der sich Bund, Länder, Verbände, Gewerkschaften, Unternehmen, Sozialversicherungsträger und Stiftungen zusammengeschlossen haben, um die Arbeitsqualität in Deutschland zu verbessern.

David Tobias, Leiter Betriebsberatung beim Handelsverband Sachsen, empfiehlt das Projekt anderen Landesverbänden zur Nachahmung. Die gewonnenen Erkenntnisse könnten als Grundlage für ähnlich gelagerte Projekte dienen. Das Projektteam „Gesunde Arbeit Sächsi-

scher Handel“ (GASH) stehe bei Bedarf zur Verfügung. Nicht zuletzt sei eine effiziente Gesundheitsprävention für die Branche ein wichtiger Imagefaktor: „Der Handel stellt in Sachsen jeden zwölften Arbeitsplatz und ist ein bedeutender Ausbilder. Als attraktive Arbeitgeber investieren die Handelsunternehmen permanent in die Weiterentwicklung von Arbeitsbedingungen. Das Projekt ist insofern ein wertvoller Beitrag, um die Zufriedenheit von Mitarbeitern zu steigern“, erklärt Tobias. □

## Rentenversicherung hilft beim Wiedereinstieg in den Betrieb

Wenn Mitarbeiter nach mehr als sechswöchiger Erkrankung wieder im Betrieb einsteigen wollen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) anzubieten. Doch ebenso wie das Thema Gesundheitsförderung, bedeutet auch die Aufgabe der Wiedereingliederung für kleinere und mittlere Unternehmer häufig eine schwierige Herausforderung: Wie kann das Eingliederungsmanagement organisiert werden? Welche arbeitsrechtlichen Aspekte sollten beachtet werden? Einzelhändler, die sich bei diesen Themen unsicher fühlen, können einen kostenlosen Firmendienst der Deutschen Rentenversicherung (DRV) in Anspruch nehmen, der über sämtliche Aspekte der Maßnahme aufklärt. So informiert der Service nicht nur über rechtliche Aspekte, sondern auch über Möglichkeiten zur Wiederherstellung von

Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit von erkrankten Mitarbeitern. Die Deutsche Rentenversicherung unterstützt Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen dabei, die Arbeitsfähigkeit im Betrieb langfristig zu erhalten. Im Rahmen der

beruflichen Rehabilitation werden etwa Arbeitsplätze technisch so ausgestattet, dass Betroffene trotz persönlicher Einschränkungen dort weiterhin arbeiten können. Der DRV-Service ist insbesondere für kleinere Unternehmen lohnenswert: In Deutschland scheiden jedes Jahr mehrere Hunderttausend Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend oder dauerhaft aus dem Erwerbsleben aus, wodurch vor allem mittelständische Firmen langjährige Fachkräfte verlieren.

**Kontakt:** montags bis freitags 9 bis 15 Uhr, Tel.: 0800 1000 453 oder Mail: [firmenservice@deutsche-rentenversicherung.de](mailto:firmenservice@deutsche-rentenversicherung.de)



barung beigetreten sind, wollen spätestens Anfang Juli Plastiktüten nur noch gegen ein Entgelt abgeben. Die Höhe der Gebühr bestimmen die Unternehmen selbst. Dünnere Tüten, etwa für Obst, bleiben kostenfrei.

Der HDE-Präsident zeigt sich zuversichtlich, die vereinbarte Zielquote von 80 Prozent aller Kunststofftüten binnen der kommenden zwei Jahre zu erreichen: „Der Handel steht bereit, einen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz zu leisten. Die 299 Unternehmen, die sich zum Start beteiligen, stehen für über 60 Prozent aller Tüten im Handel“, betont Sanktjohanser.

#### VERBRAUCHER ZEIGEN VERSTÄNDNIS

Aufgrund der Freiwilligkeit der Vereinbarung steht der Handel bei diesem Thema jedoch vorerst auf dem Prüfstand. Nach zwei Jahren kontrolliert das Bundesumweltministerium, ob das langfristige Reduktionsziel der EU-Richtlinie erreicht werden kann. Sollte das nicht der Fall sein, kann das Ministerium die Vereinbarung kündigen und eine ordnungsrechtliche Maßnahme einleiten. Der Handel hat sich verpflichtet, einen jährlichen unabhängigen Monitoringbericht zum Stand der Initiative vorzulegen. „Wir werden genau hinschauen, wie gut die Vereinbarung umgesetzt wird“, mahnte Umweltministerin Hendricks bei der Unterzeichnung in Berlin. Allerdings steht gegenwärtig kaum zu erwarten, dass die Initiative ihre Ziele verfehlt.

Nicht nur bei C&A, auch in anderen Handelsunternehmen, die in den vergangenen Wochen und Monaten Gebühren für ihre Plastiktüten eingeführt haben, sind die Reaktionen weitgehend positiv. Bei Media Markt und Saturn, die die Vereinbarung bereits Ende 2015 unterzeichneten, ergab ein Probelauf in Testmärkten erfreuliche Resultate: „Der Verbrauch hat sich um mehr als 80 Prozent reduziert. Seitens der Kunden haben wir sehr positives Feedback erhalten“, berichtet eine Unternehmenssprecherin. Aus diesem Grund verkaufen mittlerweile alle Saturn- und Media-Märkte in Deutschland Plastiktüten ausschließlich gegen Gebühr. An den Kassen sind sie nur noch auf Nachfrage erhältlich; die Preise liegen je nach Tütengröße zwischen fünf und 50 Cent.

„Intern gab es bei uns im Vorfeld durchaus kritische Stimmen, die fürchteten, dass Kunden die kostenpflichtigen Tüten nicht annehmen werden und daher wegbleiben könn-

ten“, berichtet hingegen Andreas Bartmann. Doch der Globetrotter-Geschäftsführer kann mittlerweile Entwarnung geben: „Unsere Kunden akzeptieren den Schritt, und wir haben erreicht, was wir wollten: Der Plastiktütenverbrauch sank schon in den ersten Wochen der Maßnahme um weit über die Hälfte.“

Die hohe Bereitschaft zur Akzeptanz der neuen Plastiktütenpreise (zwischen zehn und 20 Cent) haben die Globetrotter durch ein Aktionsangebot befördert: Wiederverwendbare Taschen aus recyceltem Kunststoff kosten nur noch einen Euro. „Seither haben wir in einem Monat mehr wiederverwendbare Tüten ausgegeben als zuvor im ganzen Jahr 2015“, erzählt Bartmann. Es sei zwar ein Umstellungsprozess, auf die bequeme Wegwerftüte zu verzichten und stattdessen den langlebigen, ressourcenschonenderen Globetrotter-Beutel griffbereit mitzuführen. „Doch man gewöhnt sich daran“, beschreibt Bartmann seinen Selbstversuch.



*„Die 299 Unternehmen, die sich zum Start beteiligen, stehen für über 60 Prozent aller Tüten im Handel.“*

HDE-Präsident Josef Sanktjohanser

#### KOMMUNIKATIVE BEGLEITUNG

Umfragen haben gezeigt, dass die Mehrheit der Bürger zustimmend oder verständnisvoll auf das Ende der Gratikultur reagiert. So etwa auch die Kunden von Tchibo. „90 Prozent unserer Kunden sind positiv gestimmt. Die meisten kennen eine solche Gebühr ja bereits aus dem Supermarkt“, berichtet Tchibo-Sprecherin Sandra Coy. Seit die Tüten in den Filialen 20 Cent kosten, sank die Nachfrage gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund 70 Prozent.

Galeria Kaufhof hat am 2. Mai die Bezahlpflicht für Plastiktüten eingeführt. „Wir beobachten, dass die überwiegende Mehrheit unserer Kunden diesen Schritt positiv bewertet“, erklärt Pressesprecher Steffen Kern. Kleine und mittlere Plastiktüten kosten zehn Cent, große Tüten 25 Cent. Darüber hinaus wird es zukünftig Mehrwegtragetaschen (für 1,50

Euro pro Stück) und in begrenztem Umfang kostenlose Papiertüten geben. Alle Tragetaschen bei Galeria Kaufhof seien aus umweltfreundlichem und zertifiziertem Material, betont Kern: „Wir sind sicher, mit dieser Regelung einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Reduzierung des Plastiktütenverbrauchs in Deutschland zu leisten.“

Weitere Informationen:  
[einzelhandel.de/kunststofftue](http://einzelhandel.de/kunststofftue) □



## „Das Zeitfenster schrumpft“

Seit Jahren diskutiert Berlin über das **Wertstoffgesetz**, das die Verpackungsverordnung ablösen und stoffgleiche Nichtverpackungen mit-erfassen soll. Marion Sollbach, Vorsitzende des HDE-Umweltausschusses, erklärt, woran es hakt – und wie eine Einigung aussehen könnte.

Text: Mirko Hackmann

### Frau Sollbach, warum ist das Thema Wertstoffgesetz solch ein Dauerbrenner?

Gebrauchte Materialien wieder als Rohstoff einzusetzen, ist sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht richtig. Für Verbraucher ist die Abfalltrennung ein wichtiger persönlicher Beitrag zum Umweltschutz. Die Erweiterung der Gelben Tonne zur Wertstofftonne, in der neben Verpackungen nun auch Produkte aus Plastik und Metall, wie beispielsweise Spielzeug oder Kleiderbügel, entsorgt werden können, entspricht dem tatsächlichen Verhalten der Verbraucher. Es ist aber dennoch nicht so

einfach: Die Gelbe Tonne ist privatwirtschaftlich finanziert und organisiert. Die Restmülltonne indessen wird von den Kommunen gebührenfinanziert. Und genau darin liegt der Grund, warum es in all den Jahren bisher zu keiner Lösung gekommen ist.

### Als der Bundesrat im Januar in seinem Entschließungsantrag festschrieb, die Organisationsverantwortung den Kommunen zu überlassen, war die Ernüchterung beim Handel groß...

Dass die Länder für eine Erfassungsverantwortung der Kommunen sind, war uns

schon sehr bewusst. Der Entschließungsantrag ging aber weit darüber hinaus: Hersteller und Handel wären nach diesem Modell ausschließlich Zahler des Systems, hätten aber keinerlei Einfluss mehr. Dass im Bundesrat einzig Bayern gegen diesen schon recht radikalen Antrag stimmte, hat uns überrascht.

### Sollte sich der Bundesrat durchsetzen, befürchtet der Handel eine Kostenexplosion. Zu Recht?

Wenn das wettbewerbliche System fällt, werden die Kosten für Bürger und Wirtschaft